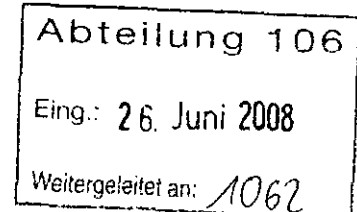
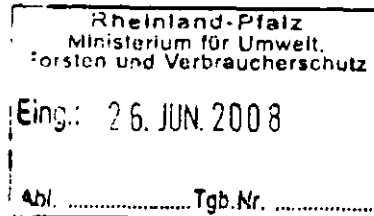


Die Bürgermeisterin



Ministerium für Umwelt, Forsten und
Verbraucherschutz
Kaiser-Friedrich-Straße 1
55116 Mainz

Polch, 24. Juni 2008



Lärmaktionsplanung der Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz;
Lärmaktionsplan der Verbandsgemeinde Maifeld

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Anlage übersende ich Ihnen den Lärmaktionsplan der Verbandsgemeinde Maifeld vom 24.06.2008.

Mit freundlichen Grüßen


ANETTE MOESTA

u, 24.06.2008 09:09

1. Anlass der Planung

Anlass der Planung ist die Richtlinie 2002/49/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Juni 2002 über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm. Ziel der Richtlinie ist es, ein gemeinsames Konzept festzulegen, um vorzugsweise schädliche Auswirkungen, einschließlich Belästigung, durch Umgebungslärm zu verhindern, ihnen vorzubeugen oder sie zu mindern. Hierzu werden schrittweise die folgenden Maßnahmen durchgeführt:

1. Ermittlung der Belastung durch Umgebungslärm anhand von Lärmkarten nach für die Mitgliedstaaten gemeinsamen Bewertungsmethoden;
2. Sicherstellung der Information der Öffentlichkeit über Umgebungslärm und seine Auswirkungen;
3. *auf der Grundlage der Ergebnisse von Lärmkarten Annahme von Aktionsplänen durch die Mitgliedstaaten mit dem Ziel, den Umgebungslärm so weit erforderlich und insbesondere in Fällen, in denen das Ausmaß der Belastung gesundheitsschädliche Auswirkungen haben kann, zu verhindern und zu mindern und die Umweltqualität in den Fällen zu erhalten, in denen sie zufrieden stellend ist.*

Mit der Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes durch das Gesetz zur Umsetzung der EG-Richtlinie über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm vom 24. Juni 2005 (BGBl. I S. 1794 - § 47 a-f BImSchG) und der Verordnung über die Lärmkartierung vom 06. März 2006 (BGBl. I S. 516 - 34. BImSchV) erfolgte die Umsetzung der Richtlinie in deutsches Recht.

Die §§ 47 a ff BImSchG gelten für den Umgebungslärm, dem Menschen insbesondere in bebauten Gebieten, in öffentlichen Parks oder anderen ruhigen Gebieten eines Ballungsraumes, in ruhigen Gebieten auf dem Land, in der Umgebung von Schulgebäuden, Krankenhäusern und anderen lärmempfindlichen Gebäuden und Gebieten ausgesetzt sind. Sie gelten nicht für Lärm, der von der davon betroffenen Person selbst oder durch Tätigkeiten innerhalb von Wohnungen verursacht wird, für Nachbarschaftslärm, Lärm am Arbeitsplatz, in Verkehrsmitteln oder Lärm, der auf militärische Tätigkeiten in militärischen Gebieten zurückzuführen ist.

2. Rechtsgrundlage für den Lärmaktionsplan der Verbandsgemeinde Maifeld

Rechtsgrundlage für die Aufstellung des Lärmaktionsplanes für die Verbandsgemeinde Maifeld ist § 47 d BImSchG. Danach haben die zuständigen Behörden bis zum 18. Juli 2008 Lärmaktionspläne aufzustellen, mit denen Lärmprobleme und Lärmauswirkungen geregelt werden für

1. Orte in der Nähe der Hauptverkehrsstraßen mit einem Verkehrsaufkommen von über sechs Millionen Kraftfahrzeugen pro Jahr, der Haupteisenbahnstrecken mit einem Verkehrsaufkommen von über 60.000 Zügen pro Jahr und der Großflughäfen,
2. Ballungsräume mit mehr als 250.000 Einwohnern.

Gleiches gilt bis zum 18. Juli 2013 für sämtliche Ballungsräume sowie für sämtliche Hauptverkehrsstraßen und Haupteisenbahnstrecken. Die Festlegung von Maßnahmen in den Plänen ist in das Ermessen der zuständigen Behörden gestellt, sollte aber auch unter Berücksichtigung der Belastung durch mehrere Lärmquellen insbesondere auf die Prioritäten eingehen, die sich gegebenenfalls aus der Überschreitung relevanter Grenzwerte oder aufgrund anderer Kriterien ergeben, und insbesondere für die wichtigsten Bereiche gelten, wie sie in den Lärmkarten ausgewiesen werden.

Die Lärmaktionspläne haben den Mindestanforderungen des Anhangs V der Richtlinie 2002/49/EG zu entsprechen und die nach Anhang VI der Richtlinie 2002/49/EG an die Kommission zu übermittelnden Daten zu enthalten. Ziel dieser Pläne soll es auch sein, ruhige Gebiete gegen eine Zunahme des Lärms zu schützen.

Die Öffentlichkeit wird zu Vorschlägen für Lärmaktionspläne gehört. Sie erhält rechtzeitig und effektiv die Möglichkeit, an der Ausarbeitung und der Überprüfung der Lärmaktionspläne mitzuwirken. Die Ergebnisse der Mitwirkung sind zu berücksichtigen. Die Öffentlichkeit ist über die getroffenen Entscheidungen zu unterrichten. Es sind angemessene Fristen mit einer ausreichenden Zeitspanne für jede Phase der Beteiligung vorzusehen.

Die Lärmaktionspläne werden bei bedeutsamen Entwicklungen für die Lärmsituation, ansonsten jedoch alle fünf Jahre nach dem Zeitpunkt ihrer Aufstellung überprüft und erforderlichenfalls überarbeitet.

Subjektiv-öffentliche Rechte oder Ansprüche einzelner Personen auf Umsetzung der im Lärmaktionsplan vorgeschlagenen Maßnahmen bestehen nicht.

Zuständige Behörde für die Aufstellung des Lärmaktionsplanes für das Gebiet der Verbandsgemeinde Maifeld ist die Verbandsgemeindeverwaltung. Sie nimmt diese Aufgabe als Auftragsangelegenheit wahr (§ 2 Abs. 2 GemO).

3. Lärmkarten

3.1 Allgemeines

Grundlage von Lärmaktionsplänen bilden Lärmkarten, die gemäß § 47 c BImSchG erstellt werden. Sie erfassen bestimmte Lärmquellen in den betrachteten Gebieten, welche Lärmbelastungen von ihnen ausgehen und wie viele Menschen davon betroffen sind, und machen damit die Lärmprobleme und negativen Auswirkungen sichtbar.

Das Land Rheinland-Pfalz hat Lärmkarten nach den Vorgaben des § 47 c BImSchG entwickeln lassen. Sie können unter der Internetadresse www.laermkartierung.rlp.de eingesehen werden. Die Lärmkarten sind, soweit sie sich auf das Gebiet der Verbandsgemeinde Maifeld beziehen, Bestandteil des Lärmaktionsplanes der Verbandsgemeinde Maifeld.

Bei der Auswertung der Lärmkarten ist folgendes zu beachten:

Höhe der Lärmpegel:

Bei der Auswertung der Lärmkarten ist zu beachten, dass die Ermittlung der Lärmpegel auf neuen EU-harmonisierten Berechnungsverfahren basiert. Ein direkter Vergleich der europäischen Lärmindizes mit den in Deutschland vorhandenen Grenz- und Richtwerten ist daher nur eingeschränkt möglich.

Lärmindizes:

Der Lärmindex LDEN spiegelt die Lärmbelastung für den gesamten Tag (24 Stunden) wider. Er berücksichtigt die Lärmbelastung am Tag (day, 06.00 Uhr bis 18.00 Uhr), am Abend (evening, 18.00 Uhr bis 22.00 Uhr) und in der Nacht (night, 22.00 Uhr bis 06.00 Uhr), wobei für den Abend ein Zuschlag von 5 dB und für die Nacht ein Zuschlag von 10 dB erteilt wird, um die höhere Störwirkung in diesen Zeitabschnitten zu berücksichtigen. Der Lärmindex LNight spiegelt die Lärmbelastung für die Nacht wider.

wider.

Isophonenbänder:

Entsprechend § 4 Abs. 4, 34. BImSchV wird die Geräuschsituation für den LDEN in den folgenden Isophonenbändern mit einer Klassenbreite von 5 dB(A) dargestellt:

55 dB(A) < LDEN ≤ 60 dB(A),
60 dB(A) < LDEN ≤ 65 dB(A),
65 dB(A) < LDEN ≤ 70 dB(A),
70 dB(A) < LDEN ≤ 75 dB(A) sowie
LDEN > 75 dB(A).

Für den LNight wird die Lärmbelastungen in den folgenden Isophonenbändern mit einer Klassenbreite von 5 dB(A) dargestellt:

50 dB(A) < LNight ≤ 55 dB(A),
55 dB(A) < LNight ≤ 60 dB(A),
60 dB(A) < LNight ≤ 65 dB(A),
65 dB(A) < LNight ≤ 70 dB(A) sowie
LNight > 70 dB(A).

Isophonenlinien:

In den Isophonenkarten für den Lärmindikator **LDEN** sind die Isophonenlinien mit 73 dB(A) bzw. 65 dB(A) eingezeichnet. Diese entsprechen den Werten für Lärmsanierung (Grenzwert tags für u.a. Mischgebiete nach der Richtlinie für den Verkehrslärmschutz an Bundesstraßen) bzw. Lärmvorsorge (Grenzwert tags für u.a. Mischgebiete nach der Verkehrslärmschutzverordnung).

In den Isophonenkarten für den Lärmindikator **LNight** sind die Isophonenlinien mit 62 dB(A) bzw. 54 dB(A) eingezeichnet. Diese entsprechen den Werten für Lärmsanierung (Grenzwert nachts für u.a. Mischgebiete nach der Richtlinie für den Verkehrslärmschutz an Bundesstraßen) bzw. Lärmvorsorge (Grenzwert nachts für u.a. Mischgebiete nach der Verkehrslärmschutzverordnung).

Diese Isophonenlinien stellen Werte dar, „bei deren Überschreitung Lärmschutzmaßnahmen in Erwägung gezogen oder eingeführt werden“ (Werte gem. § 4 Abs.4 Satz 1 Nr 2 der Verordnung über die Lärmkartierung – 34. BImSchV; Schreiben des Ministeriums für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz vom 2. Mai 2007, Betreff „ Graphische Darstellung von Werten bei der Lärmkartierung; Mitteilung des BMU an die Europäische Kommission vom 3. Februar 2006“).

Die einzelnen Pegelbereiche (Isophonenbänder) bzw. Isophonenlinien in den Lärmkarten sind wie folgt zu bewerten:

Pegelbereich	Kennzeichnung in Lärmkarten RP (Linie)	Höhe der Belastung	Hinweise
	73 dB(A) L_{DEN} 62 dB(A) L_{night}		Entspricht den Werten für Lärmsanierung (für u.a. Mischgebiete nach der VLärmSchR 97).
> 70 dB(A) L_{DEN} > 60 dB(A) L_{night}		sehr hohe Belastung	Sanierungswerte gem. VLärmSchR 97 können erreicht werden. In der Bundesrats-Initiative Baden-Württembergs als Auslöseschwellen für Lärmaktionsplanung vorgeschlagen. In Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen Auslöseschwellen für Lärmaktionsplanung
	65 dB(A) L_{DEN}		Entspricht den Werten für Lärmvorsorge (u.a. Mischgebiete) nach der 16. BImSchV.
65-70 dB(A) L_{DEN} 55-60 dB(A) L_{night}		hohe Belastung	Für Kerngebiete, Dorfgebiete und Mischgebiete werden die Vorsorgewerte gem. 16. BImSchV erreicht Von Umweltbundesamt bzw. Sachverständigenrat für Umweltfragen als kurzfristiges Handlungsziel zur Vermeidung von Gesundheitsgefährdung genannt: Überschreitung von 65 dB(A) tags und 55 dB(A) nachts (SRU) bzw. 65 dB(A) L_{DEN} oder 55 dB(A) L_{night} (UBA)
60-65 dB(A) L_{DEN} 50-55 dB(A) L_{night}		Belastung	Vorsorgewerte nachts für reine und allgemeine Wohngebiete und Kleinsiedlungsgebiete der 16. BImSchV können erreicht werden Von Umweltbundesamt bzw. Sachverständigenrat für Umweltfragen als mittelfristiges Handlungsziel zur Prävention genannt: 62 dB(A) tags und 52 dB(A) nachts (SRU) 60 dB(A) L_{DEN} oder 50 dB(A) L_{night} (UBA)
	54 dB(A) L_{night}		Entspricht den Werten für Lärmvorsorge (Grenzwert nachts für u.a. Mischgebiete nach der 16. BImSchV).
55-60 dB(A) L_{DEN} 45-50 dB(A) L_{night}			Von Umweltbundesamt bzw. Sachverständigenrat für Umweltfragen als langfristig anzustrebender Pegel (<u>Vorsorgeziel</u>) genannt: 55 dB(A) tags und 45 dB(A) nachts (SRU) bzw. 55 dB(A) L_{DEN} oder 45 dB(A) L_{night} (UBA)

- Verkehrslärmschutzverordnung (16. BImSchV) (gilt für Neubau oder wesentliche Änderung von Straßen- und Schienenwegen)
- Richtlinien für den Verkehrslärmschutz an Bundesfernstraßen in der Baulast des Bundes (VLärmSchR 97) (gilt für bestehende Bundesfernstraßen in der Baulast des Bundes); ist in Rheinland-Pfalz für Landesstraßen eingeführt.
- UBA: Umweltbundesamt (Positionspapier des Umweltbundesamtes zu Auslösekriterien für die Lärmaktionsplanung)
- SRU: Sachverständigenrat für Umweltfragen (Umwelt und Gesundheit – Risiken richtig einschätzen, Sondergutachten des Sachverständigenrates für Umweltfragen (SRU), Dezember 1999)
- Verordnungsantrag Baden-Württemberg vom 20.04.2006, Bundesrats-Drucksache 280/06

Hinweis: Nicht umgerechnete Orientierungswerte der DIN 18005 "Schallschutz im Städtebau" für Verkehrslärm: sind bei reinen Wohngebieten, Wochenendhausgebieten, Ferienhausgebieten: Tag 50 dB(A), Nacht 40 dB(A); bei allgemeinen Wohngebieten, Kleinsiedlungsgebieten und Campingplätzen: Tag 55 dB(A), Nacht 45 dB(A); bei Dorfgebieten und Mischgebieten: Tag 60 dB(A), Nacht 50 dB(A).

Quelle: Handreichung des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz und des Städtetages Rheinland-Pfalz zur Lärmaktionsplanung

3.2 Auswertung der Lärmkarten für das Gebiet der Verbandsgemeinde Maifeld

Die Lärmkartierung des Landes Rheinland-Pfalz zeigt mögliche Lärmprobleme im Bereich der Verbandsgemeinde Maifeld durch die Autobahnen A 48 und A 61 in folgenden Gemarkungen auf:

- Ortsgemeinde Gering
- Stadt Polch
- Ortsgemeinde Trimbs
- Ortsgemeinde Welling
- Ortsgemeinde Kerben
- Ortsgemeinde Ochtendung

Eine Lärmbelastung liegt nicht vor bei:

- ausschließlicher Betroffenheit von Feld, Wald, Wiese,
- ausschließlicher Betroffenheit von Industriegebieten,
- ausschließlicher Betroffenheit einzelner Gebäude (nur sehr geringe Zahl betroffener Personen, z.B. Aussiedlerhöfe)

Für diese Fälle ist kein Lärmaktionsplan zu erarbeiten.

Eine Auswertung der Lärmkartierung des Landes Rheinland-Pfalz zeigt eine Belastung der Bevölkerung nur für Teile der Ortslage Polch-Ruitsch.

4. Weitere Kriterien für die Beurteilung eines Lärmproblems als Grundlagen des Lärmaktionsplans der Verbandsgemeinde Maifeld

4.1 Allgemeines

Wann ein Lärmproblem vorliegt, ist gesetzlich nicht definiert. Das Land Rheinland-Pfalz hat auf die Festlegung von sog. Auslösewerten für Lärmaktionspläne verzichtet (Stand 25.04.2008). Insoweit bedarf das Vorliegen eines Lärmproblems einer eigenständigen Bewertung durch die Verbandsgemeindeverwaltung Maifeld.

Neben der Darstellung der Lärmbetroffenheit in den Lärmkarten sind als weitere Kriterien für die Beurteilung eines Lärmproblems heranzuziehen

- die Anzahl der vom Lärm betroffenen Personen
- die Nutzung bzw. Schutzwürdigkeit der betroffenen Flächen.

Bezogen auf die von der Lärmkartierung belasteten Teile der Ortslage Polch-Ruitsch sind diese weiteren Kriterien im folgenden zu untersuchen.

4.2 Feststellung eines Lärmproblems in der Ortslage Polch-Ruitsch in Bezug auf die Anzahl der vom Lärm betroffenen Personen und die Nutzung bzw. Schutzwürdigkeit der betroffenen Flächen (Stand 18.04.2008)

4.2.1 Betroffenheit von Menschen durch sehr hohe Lärmbelastungen

0 Menschen sind ganztägig sehr hohen Belastungen ausgesetzt.

0 Menschen sind in der Nacht sehr hohen Belastungen ausgesetzt.

4.2.2 Betroffenheit von Menschen durch hohe Lärmbelastungen

5 Menschen sind ganztägig hohen Belastungen ausgesetzt.

19 Menschen sind in der Nacht hohen Belastungen ausgesetzt.

4.2.3 Betroffenheit von Menschen durch Lärmbelastung / -belästigungen

45 Menschen sind ganztägig Belastungen / Belästigungen ausgesetzt.

77 Menschen sind in der Nacht Belastungen / Belästigungen ausgesetzt.

4.2.4 Bauplanungsrechtliche Beurteilung der lärmbeeinträchtigten Grundstücke

Die Schutzwürdigkeit der Menschen orientiert sich auch an der bauplanungsrechtlichen Betroffenheit der lärmbeeinträchtigten Grundstücke. Sie ist um so höher, je weniger Immissionen in den von der Baunutzungsvorordnung normierten Gebietstypen zulässig sind.

Der rechtswirksame Flächennutzungsplan der Verbandsgemeinde Maifeld stellt die vom Lärm der Autobahn A 48 belasteten Grundstücke als Mischbauflächen und als Wohnbauflächen dar.

4.2.4.1 Lärmbelastung der Menschen auf Grundstücken, die im Flächennutzungsplan der Verbandsgemeinde Maifeld als Mischbauflächen im Sinne der BauNVO dargestellt sind

0 Menschen sind ganztägig sehr hohen Belastungen ausgesetzt.

0 Menschen sind in der Nacht sehr hohen Belastungen ausgesetzt.

2 Menschen sind ganztägig hohen Belastungen ausgesetzt.

9 Menschen sind in der Nacht hohen Belastungen ausgesetzt.

33 Menschen sind ganztägig Belastungen / Belästigungen ausgesetzt.

38 Menschen sind in der Nacht Belastungen / Belästigungen ausgesetzt.

4.2.4.2 Lärmbelastung der Menschen auf Grundstücken, die im Flächennutzungsplan der Verbandsgemeinde Maifeld als Wohnbaulächen im Sinne der BauNVO dargestellt sind (Stand 18.04.2008)

0 Menschen sind ganztägig sehr hohen Belastungen ausgesetzt.
0 Menschen sind in der Nacht sehr hohen Belastungen ausgesetzt.

3 Menschen sind ganztägig hohen Belastungen ausgesetzt.
10 Menschen sind in der Nacht hohen Belastungen ausgesetzt.

12 Menschen sind ganztägig Belastungen / Belästigungen ausgesetzt.
39 Menschen sind in der Nacht Belastungen / Belästigungen ausgesetzt.

Für die vom Verkehrslärm der Autobahn A 48 belasteten und hoch belasteten Menschen wird ein Lärmproblem erkannt, das eine Lärmaktionsplanung erforderlich macht.

5. Schutz ruhiger Gebiete

Nach §§ 47 a BImSchG dienen Lärmaktionspläne auch dem Schutz ruhiger Gebiete. Der Gesetzgeber hat auf eine Legaldefinition ruhiger Gebiete verzichtet. In den Regelungen zum Anwendungsbereich des 6. Teils des Bundesimmissionsschutzgesetzes (§§ 47 a ff) geht er davon aus, dass öffentliche Parks in Ballungsräumen ruhige Gebiete sein können. Er geht des weiteren davon aus, dass es ruhigen Gebieten auch auf dem Land gibt. Der ländliche Raum wird in Abgrenzung von den Ballungsgebieten nicht per se als ruhiges Gebiet angesehen.

Nach Auffassung der Verbandsgemeindeverwaltung Maifeld heben sich ruhige Gebiete durch ihren besonderen Charakter von dem anderer Gebiete ab. Ausgehend von den Nutzungsmöglichkeiten nach der Baunutzungsverordnung sind ruhige Gebiete insbesondere nicht Industrie- und Gewerbegebiete, aber auch nicht Misch- und allgemeine Wohngebiete, da in solchen gewerbliche Nutzungen und Anlagen für Verwaltungen mit dem entsprechenden Ziel- und Quellverkehr zulässig sind. Allenfalls reine Wohngebiete können als ruhige Gebiete angesehen werden, wenn in ihnen Ruhezonen festgesetzt sind, die auch dem Erholungswert der allgemeinen Bevölkerung dienen. Solche Gebiete sind der Verbandsgemeinde Maifeld jedoch nicht festgesetzt.

Als ruhiges Gebiet in der Verbandsgemeinde Maifeld wird das Sondergebiet „Bungalowpark Brückenmühle“ in der Gemarkung Kollig nicht zuletzt im Hinblick auf den Schutz des Elztales angesehen. Nach den Festsetzungen des Bebauungsplanes ist dort nur die Errichtung von Ferienwohnungen zulässig, die nicht zum ganzjährigen Aufenthalt bestimmt sind. Aufgrund seiner Lage hat das Gebiet eine besondere Erholungsfunktion, die nach Auffassung der Verbandsgemeindeverwaltung Maifeld ruhigen Gebieten immanent ist. Von daher gilt, dieses Gebiet vor weiteren Lärmbeeinträchtigungen zu schützen.

6. Schutz von Schulgebäuden, Krankenhäusern und anderen lärmempfindlichen Gebäuden und Gebieten

Krankenhäuser gibt es in der Verbandsgemeinde Maifeld nicht. Insoweit ist keine Lärmaktionsplanung erforderlich.

Die in der Verbandsgemeinde Maifeld bestehenden Schulgebäude und sonstigen lärmempfindlichen Gebäude und Gebiete befinden sich im Umfeld von Wohn- und Mischbauflächen im Sinne der Baunutzungsverordnung, die eine den Gebietscharakter verändernde Nutzung nicht zulassen. Sie sind insoweit vor Besorgnis erregenden Lärmentwicklungen geschützt. Einer Lärmaktionsplanung für diese Bereiche bedarf es nicht.

7. Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Zur Bewertung der Lärmsituation wurden im Vorfeld der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange folgende Behörden um Informationen gebeten:

- Landesbetrieb Mobilität –Autobahnamt Montabaur-, Montabaur
- Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord –Regionalstelle Gewerbeaufsicht-, Koblenz
- Verbandsgemeindeverwaltung Maifeld –örtliche Ordnungsbehörde-, Polch
- Kreisverwaltung Mayen-Koblenz –Gesundheitsamt-, Mayen

8. Ergebnis der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Mit Schreiben vom 28.04.2008 wurden die von der Lärmaktionsplanung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gebeten, eine Stellungnahme bis zum 26.05.2008 zu dem Entwurf des Lärmaktionsplanes der Verbandsgemeinde Maifeld – Stand 28.04.2008 – abzugeben.

Folgende Stellen haben Anregungen vorgetragen:

- **Kreisverwaltung Mayen-Koblenz – Gesundheitsamt – , Mayen**
Die Kreisverwaltung Mayen-Koblenz hat mitgeteilt, dass sie keine Probleme sieht, wenn für die betroffenen Gebiete entsprechende Lärminderungsmaßnahmen ergriffen werden.
- **Kreisverwaltung Mayen-Koblenz, Koblenz**
Die Kreisverwaltung Mayen-Koblenz hat keine Anregungen vorgetragen.
- **Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord – Regionalstelle Gewerbeaufsicht –, Koblenz**
Die Regionalstelle hat mitgeteilt, dass ihre Belange durch die Lärmaktionsplanung nicht berührt sind.
- **Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord – Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz –, Koblenz**
Die Regionalstelle hat mitgeteilt, dass im Bereich der A 48 mehrere Gewässer vorhanden sind. Bei der weiteren Planung, z. B. eines Lärmschutzwalles, sind die Belange der natürlichen Gewässer ausreichend zu berücksichtigen. Maßnahmen an den Gewässern oder

im 10-Meter-Bereich der Gewässer bedürfen einer vorherigen wasserrechtlichen Genehmigung.

- **Ortsgemeinde Welling**
Die Ortsgemeinde hat keine Bedenken vorgetragen.
- **Ortsgemeinde Gering**
Die Ortsgemeinde weist auf eine erhöhte Lärmbelästigung bei Westwind hin.
- **Generaldirektion Kulturelles Erbe – Direktion Archäologie, Außenstelle Koblenz –, Koblenz**
Die Generaldirektion trägt keine Bedenken vor.
- **Landesbetrieb Mobilität – Autobahnamt Montabaur – , Montabaur, und Landesbetrieb Mobilität Cochem-Koblenz, Cochem**
Der Landesbetrieb hat folgendes mitgeteilt:
„Zunächst möchten wir darauf hinweisen, dass aus der Lärmaktionsplanung grundsätzlich keine Verpflichtungen für den Straßenbaulastträger von Bundes- und Landesstraßen resultieren. Nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz ist der Straßenbaulastträger lediglich nach den §§ 41-43 bei dem Bau oder der wesentlichen Änderung von Straßen (Lärmvorsorge) verpflichtet Kosten für Lärmschutzmaßnahmen zu tragen.“

Auf freiwilliger Basis gewährt der Bundes- und Landesstraßenbaulastträger allerdings auch Lärmschutzmaßnahmen im Rahmen der so genannten Lärmsanierung an vorhandenen Straßen. Eine gesetzliche Grundlage hierfür besteht nicht. Wie Ihnen der Landesbetrieb Mobilität Autobahnamt Montabaur bereits mitgeteilt hat, fehlen im Bereich der Ortslage Polch – Ruitsch die diesbezüglichen Voraussetzungen, da nach aktuellen schalltechnischen Berechnungen die Immissionsgrenzwerte der Lärmsanierung gemäß VLärmSchR 97 nicht überschritten werden.

Daher sind die im Lärmaktionsplan unter Punkt 8.1 angeführten Lärmschutzmaßnahmen an Gebäuden von den jeweiligen Eigentümern selbst zu finanzieren. Ein entsprechender Hinweis sollte in den Lärmaktionsplan aufgenommen werden.

Der LBM Montabaur hat die Möglichkeit aufgezeigt, Überschussmassen aus Straßenbauprojekten als Erdwall entlang der A 48 zu deponieren. Neben der Beschaffung des Baurechts seitens der Gemeinde, setzt dies jedoch voraus, dass es für den Straßenbaulastträger keine wirtschaftlichere Alternative gibt. Bei dieser Maßnahme handelt es sich nicht um einen Lärmschutzwall im eigentlichen Sinne, da an dessen Höhe, insbesondere aber an dessen Länge, bestimmte Anforderungen gestellt werden, um schalltechnisch wirksam zu sein. Die Größenordnung des Minderungseffektes ist somit vom Umfang der anfallenden Überschussmassen abhängig.

Die geplante Fahrbahndeckenerneuerung im Bereich der Ortslage Ruitsch ist lediglich aus straßenbautechnischer Sicht erforderlich. Als neuer Belag kommt hier ein Splittmastixasphalt zum Einsatz, der sich gegenüber dem jetzigen Betonbelag positiv auf die Lärmsituation auswirken und die Geräuschentwicklung um 3-4 dB(A) reduzieren wird. Hierbei handelt es sich zwar um einen Straßenbelag mit Lärm mindernden Eigenschaften, nicht aber um einen landläufig als „Flüsterasphalt“ bezeichneten offenporigen Asphalt (OPA). Ob der vom LBM Autobahnamt für die Fahrbahnsanierungsarbeiten genannte

Zeitpunkt eingehalten werden kann ist weitestgehend von den hierfür vom Bund zur Verfügung gestellten Mitteln, also vom jährlich aufgestellten Bundeshaushalt abhängig."

9. Beteiligung der Öffentlichkeit

Die Öffentlichkeit wurde durch Bekanntmachung im amtlichen Bekanntmachungsorgan der Verbandsgemeinde Maifeld, den „Maifelder Nachrichten“, am 30.05.2008 darauf hingewiesen, dass der Entwurf des Lärmaktionsplanes in der Zeit vom 09.06.2008 bis 23.06.2008 zu jedermanns Einsicht ausgelegt wurde. Gleichzeitig wurde darauf aufmerksam gemacht, dass er im Internet unter der Adresse www.maifeld.de, Rubrik Quicklinks, eingesehen werden konnte. Anregungen aus der Öffentlichkeit wurden in dieser Zeit nicht vorgetragen.

10. Maßnahmen zum Lärmschutz

10.1 Maßnahmen zum Lärmschutz im Bereich der Ortslage Polch-Ruitsch

10.1.1 Die Verbandsgemeindeverwaltung Maifeld hat sich bereits im Jahre 2004 wegen der Lärmbelastung der Ortslage Polch-Ruitsch durch den Verkehrslärm der Autobahn A 48 an den Landesbetrieb Straßen und Verkehr Rheinland-Pfalz, Koblenz, gewandt und um Prüfung gebeten, ob eine Geschwindigkeitsreduzierung von derzeit 130 km/h auf Tempo 80 km/h als Lärminderungsmaßnahme möglich sei. Der Landesbetrieb hat dazu mitgeteilt, dass Geschwindigkeitsbeschränkungen aus Lärmschutzgründen grundsätzlich nicht zulässig sind, weil eine Pegelminderung von mindestens 3 dB(A) nicht erreicht würde; erst ab 3 dB(A) seien Pegeländerungen hörbar. Im übrigen seien die Lärmimmissionen auf den Autobahnen geprägt durch den LKW-Verkehr, da dieser auf Autobahnen besonders hoch sei. Eine spürbare Verringerung der Lärmimmissionen könne durch eine Beschränkung der PKW-Geschwindigkeiten alleine nicht erreicht werden. Erst eine drastische Geschwindigkeitsreduzierung auf deutlich unter 80 km/h würde eine hörbare Minderung des maßgebenden Beurteilungspegels erreichen. Geschwindigkeitsbeschränkende Maßnahmen in einer solch drastischen Form stünden im Widerspruch zu den von den Bundesautobahnen zu erbringenden Verkehrsfunktionen hinsichtlich der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs und fänden, wenn überhaupt, nur geringe Akzeptanz seitens der Verkehrsteilnehmer. Vor diesem Hintergrund wurde der Anregung nicht stattgegeben. Eine Geschwindigkeitsreduzierung auf der Autobahn A 48 wird daher für den vorliegenden Lärmaktionsplan nicht in Erwägung gezogen.

10.1.2 Als Lärminderungsmaßnahme wird das Vorhaben des Landesbetriebes Mobilität erkannt, Splittmastixasphalt auf der Autobahn A 48 im Bereich der Ortslage Polch-Ruitsch aufzubringen. Diese Maßnahmen sind laut Mitteilung des Landesbetriebes Mobilität – Autobahnamt Montabaur – vom 15.02.2008 für die Jahre 2009 und 2010 vorgesehen, stehen aber in Abhängigkeit von den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln des Bundes.

10.1.3 Als weitere denkbare Maßnahme kommt der Bau eines Lärmschutzwalles entlang der Autobahn A 48 in Betracht. Der Landesbetrieb Mobilität – Autobahnamt Montabaur – hat dazu in seiner Stellungnahme vom 15.02.2008 mitgeteilt, dass eine solche Maßnahme möglich sei, wenn die Stadt Polch das notwendige Baurecht für die Errichtung eines Erdwalles (Entwässerung, Verlegung des Wirtschaftsweges und

Grunderwerb) erwirke. In diesem Falle könnten dort unbelastete Überschussmassen aus Straßenbauprojekten als Erdwall deponiert werden. Der Landesbetrieb hat im Rahmen der Behördenbeteiligung zu der Errichtung eines Lärmschutzwalles ergänzend darauf hingewiesen, dass der Umfang des Lärminderungseffektes abhängig sei vom Umfang der anfallenden Überschussmassen. Die Kosten eines Lärmschutzwalles werden auf 1 Million EUR einschließlich Grunderwerb geschätzt. Ob die Anlage eines Lärmschutzwalles erschließungsbeitragspflichtig ist, ist zu prüfen. Die Realisierbarkeit eines Lärmschutzwalles hängt wesentlich von seiner Finanzierbarkeit und der Möglichkeit des Grunderwerbs ab.

10.1.4 Als Lärminderungsmaßnahmen kommen ebenfalls der Einbau von Schallschutzfenstern und sonstigen privaten Maßnahmen der Außenschalldämmung (z. B. Einfriedung der Grundstücke durch Mauern u. ä.) in Betracht. Dadurch können gezielt die der Autobahn A 48 zugewandten Lebensbereiche einschließlich der Aufenthaltsbereiche im Freien geschützt werden. Der Landesbetrieb Mobilität – Autobahnamt Montabaur –, Montabaur, hat darauf hingewiesen, dass die Kosten von den Eigentümern der lärmbelasteten Grundstücke getragen werden müssen. Eine Schätzung dieser Kosten ist nicht möglich, da sie in Abhängigkeit von den privaten Entscheidungen der Grundstückseigentümer stehen.

10.1.5 In den nächsten 5 Jahren und darüber hinaus ist zu beobachten, wie sich die vom Landesbetrieb Mobilität – Autobahnamt Montabaur –, Montabaur, vorgesehen Maßnahmen zur Änderung des Straßenbelages der A 48 im Bereich der Ortslage Polch-Ruitsch auswirken und ob private Maßnahmen zur Lärminderung durchgeführt werden. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, ob die Menschen, die aktuell einer hohen Lärmbelastung ausgesetzt sind, der niedrigeren Belastungszone zugeordnet werden können. Entsprechendes gilt für die Menschen, die derzeit von Lärmbelastungen im Sinne der Ziffer 4 des Lärmaktionsplanes betroffen sind.

10.2 Maßnahmen zum Lärmschutz des ruhigen Gebietes in der Gemarkung Kollig

Eine Änderung oder Erweiterung des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes „Bungalowpark Brückenmühle“ sollte vermieden werden.

10.3 Maßnahmen zum Lärmschutz im Bereich der Ortsgemeinde Gering

Die im Rahmen der Behördenbeteiligung vorgetragenen Hinweise der Ortsgemeinde Gering zur Lärmbelastung durch die Autobahn A 48 bedürfen keiner Lärmaktionsplanung, da keine Dauerbelastung der Einwohnerinnen und Einwohner der Ortsgemeinde Gering gegeben ist.

Verbandsgemeindeverwaltung Maifeld
Polch, 24.06.2008


ANETTE MOESTA
BÜRGERMEISTERIN